

Notiz

DEUTSCHER SONDERWEG – MYTHOS ODER REALITÄT?

Ein Colloquium im Institut für Zeitgeschichte

Verlief die deutsche Geschichte in den letzten Jahrhunderten fundamental anders als die der europäischen Nachbarländer? Sind das Scheitern der Weimarer Demokratie und die NS-Diktatur Ergebnis eines „deutschen Sonderwegs“?

Wie ist die Nahtstelle zwischen historischem Längsschnitt und historischem Querschnitt unter der Perspektive der NS-Machtergreifung 1933 zu bestimmen? Der Diskussion dieser Fragen war das öffentliche Colloquium des Instituts für Zeitgeschichte am 26. November 1981 in München gewidmet. Unter der Leitung von Horst Möller (Institut für Zeitgeschichte München) diskutierten nach einem einführenden Vortrag von Thomas Nipperdey (Universität München) Karl Dietrich Bracher (Universität Bonn), Ernst Nolte (Freie Universität Berlin), Kurt Sontheimer (Universität München) und Michael Stürmer (Universität Erlangen).

Die Diskussion über den tatsächlichen oder vermeintlichen deutschen Sonderweg ist durch die Studien zweier Engländer (Geoff Eley, David Blackbourn) und eines Amerikaners (David P. Calleo) wieder aktuell geworden. Die alte Streitfrage gewann durch die Kritik von Ausländern an den „eingebildeten Leiden der Deutschen“ neue Brisanz. Das ebenfalls 1980 erschienene Buch von Bernd Faulenbach „Ideologie des deutschen Weges“ ergänzte die realgeschichtlich und komparatistisch orientierten Interpretationen durch eine historiographische Fragestellung.

Die Historiker waren sich darüber einig, daß es kaum sinnvoll ist, von historischen

„Normalwegen“ auszugehen, da jede Nationalgeschichte ihre Besonderheiten aufweist. Welche methodischen Probleme sich aus der Annahme von Sonderwegen ergeben, in welcher Weise solche Annahmen durch die jeweilige zeitspezifische Ausgangslage der historischen Interpretation bedingt sind, sollte in der Diskussion geklärt, die Möglichkeiten des historischen Vergleichs mit anderen Ländern abgesteckt werden. Die Schwierigkeit ist offenkundig, nationale politisch-gesellschaftliche Gesamtsysteme zu vergleichen und zugleich die die nationale Identität konstituierenden historischen Kontinuitäten und Diskontinuitäten angemessen zu berücksichtigen.

Die Frage stellt sich, inwiefern die pauschale Zuweisung von Fortschrittlichkeit und Rückschrittlichkeit an ganze Epochen der deutschen Geschichte, die auf die unterschiedliche Veränderungsdynamik einzelner Sektoren von Staat und Gesellschaft keine Rücksicht nimmt, nicht selbst Teil der Sonderwegs-Ideologie ist. Auf der anderen Seite bedarf nicht nur die Entstehung der Sonderwegs-These der Analyse, sondern auch ihre politische Wirkung: Während der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts war die Resonanz der Rede vom deutschen Sonderweg je nach dem historischen Kontext, in dem sie stand, höchst unterschiedlich.

Die nach 1919 in Politik und Wissenschaft verbreitete Annahme, der deutsche Weg zum modernen Verfassungsstaat unterscheidet sich grundlegend vom Weg zur parlamentarischen Demokratie, den die westeuropäischen Staaten gegangen seien,

wurde zu einer politischen Belastung der Weimarer Demokratie. Die von Konrad Adenauer seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland konsequent betriebene Westintegration hatte keineswegs nur eine außen- und militärpolitische Bedeutung, sondern auch eine kaum zu überschätzende innenpolitische Dimension: Die Westintegration war insofern eine konsequente Umkehr vom „deutschen Sonderweg“, als sie die westliche politische Kultur des demokratischen Parlamentarismus auch in der Bundesrepublik Deutschland normierend werden ließ. Die seit 1945 sich ständig vertiefende Spaltung Deutschlands aber zeigt, daß die Diskussion über den deutschen Sonderweg nicht beschränkt werden kann auf die innenpolitische Entwicklung und den Vergleich, sondern ebenso die internationalen Beziehungen und die Konstellation im europäischen und außer-europäischen Mächtesystem einbeziehen muß.

Thomas Nipperdey umriß die politisch-moralischen, methodologischen und gegenwartsbezogenen Dimensionen des Themas. Er stellte fest, in der jüngsten Diskussion seien nicht mehr wie früher die politischen Meinungen der Interpreten ausschlaggebend für die Konstatierung eines deutschen Sonderwegs; die Perspektive von 1981 sei nicht mehr die von 1945, die deutsche Geschichte also nicht mehr nur „Vorgeschichte“ der NS-Diktatur, sondern auch Vorgeschichte der Bundesrepublik. Dieser Perspektivenwechsel werfe Licht auf die methodische Problematik: Sonderwege würden immer von einem Endpunkt her konstruiert, ein historischer „Normalweg“ dabei unterstellt, der „Sonderweg“ als Irrweg begriffen. Trotz dieser Kritik hielt Nipperdey es für gerechtfertigt, in einem „relativen und begrenzten Sinn nach dem deutschen Sonderweg zu fragen“: Welches Gewicht kam besonderen Traditionen in der Nationalstaatsentwicklung zu – und mit welchen spezifischen Bedingungen einer hi-

storischen Situation verbanden sich diese Traditionen, welche Konsequenzen hatte eine solche Verbindung – etwa in der Auflösungsphase der Weimarer Republik? Freilich müsse jede Sonderwegsthese in das „Säurebad des Vergleichs“ (Wehler) getaucht werden.

Ernst Nolte bemerkte, die Rede vom deutschen Sonderweg sei nie mehr als eine bestenfalls gut begründete These gewesen. Am Beispiel der für einen vermeintlichen Normalweg zur Demokratie „vorbildhaften“ Länder England und Frankreich wies er nach, daß die Vorstellung von einem Sonderweg der eigenen Nation dort schon im 19. Jahrhundert mindestens ebenso heimisch war wie in Deutschland.

Die von Nolte exemplarisch herangezogenen Autoren übten immer wieder Selbstkritik an der historischen Entwicklung der eigenen Nation – eine Selbstkritik, die sich in verwandter Form auch bei den Verfechtern der Sonderwegs-These Deutschlands nach 1945 findet.

Zu den Konstituentien des „deutschen Sonderwegs“ zählt zweifellos die These, in Deutschland habe es anders als beispielsweise in den Niederlanden, England und Frankreich keine erfolgreiche „bürgerliche Revolution“ gegeben: Den Topos von der „bürgerlichen Revolution“ bezeichnete Nolte als Legende – eine Legende freilich, der eine Verabsolutierung und Überhöhung einzelner Tatbestände zugrunde liege.

Michael Stürmer ging von dem Faktum aus, daß in der Geschichte Europas Deutschland der „Mittelstaat“ gewesen ist: „Bedrohlich und bedroht“ erschien es in der „Perspektive der Machtgeographie“; seine innere Verfassung sei dadurch bedingt gewesen. Stürmer verfolgte die geopolitische Situation Deutschlands seit dem 30jährigen Krieg und analysierte die verschiedenen Anläufe zur Restabilisierung des europäischen Staatensystems im 19. Jahrhundert sowie die korrespondierenden deutschen Versuche, die Mittellage

zu sprengen, die bis ins 20. Jahrhundert wiederholt wurden: Schon der 1815 unternommene Versuch, eine „Stabilisierung Europas durch Neutralisierung der Mitte“ zu erreichen, erwies sich als „konservative Utopie“. Stürmers Fazit: „Die Mittellage Deutschlands, die in der Neuzeit zwischen Teilung, Neutralisierung und Hegemonie alle Variationen ermöglichte, und der deutsche Sonderweg – sie bestimmten noch die Zerstörung des europäischen Staatensystems im 20. Jahrhundert.“ Ein Ende des deutschen Sonderwegs, so Stürmer im Blick auf die Risiken eines „neuen Nationalismus neutralistischer Observanz“, sei nicht in Sicht.

Karl Dietrich Bracher unterschied Sonderbewußtsein und Realität eines Sonderwegs: Unter Hinweis auf das Schicksal der Demokratie im 20. Jahrhundert, in dem die Entwicklung zur Diktatur keine deutsche Besonderheit gewesen sei, sei der „deutsche Sonderweg“ auf die Epoche der NS-Herrschaft zu begrenzen.

Bracher ging von der Instabilität der europäischen Demokratien in der Zwischenkriegszeit aus. Mit der Feststellung, überall in Europa habe es autoritäre Lösungen gegeben, verband er die Frage nach dem Entscheidungsspielraum während der Auflösung der Weimarer Demokratie. Hätte es auch in Deutschland einen autoritären Ausweg geben können? Bis 1932/33, so Bracher, habe es Alternativen zur Etablierung der NS-Diktatur gegeben. Auch diese Antwort führt zur Eingrenzung des deutschen Sonderwegs auf die Jahre 1933–1945. Bracher warnte davor, die einzelnen, durchaus variablen Faktoren aus der Vorgeschichte der NS-Machtergreifung zu isolieren. Brachers Schlussfolgerung, der Wandel von der Demokratie zur Diktatur sei keine besondere deutsche Entwicklung, widerspricht nicht der Tatsache, daß die Radikalität der NS-Diktatur in Westeuropa singulär war.

Die von allen Historikern auf dem Podium – wenn auch mit durchaus unter-

schiedlichen Gewichtungen – geforderte offene Analyse des „Problems Sonderweg“ veranlaßte Kurt Sontheimer zu besorgter Kritik. Sontheimer konstatierte, daß ein Teil der deutschen Historiker sich offenbar von der Fixierung auf die Frage lösen wolle, wie es zur NS-Diktatur habe kommen können. Zwar unterschied er die Historiker dieser Richtung durchaus von jenen, die mit der Infragestellung der These vom deutschen Sonderweg eine „historische Entschuldung der Deutschen“ beabsichtigten. Gleichwohl gefährde die Infragestellung der Sonderwegsthese den antifaschistischen Grundkonsens von 1945. Die kritische Variante der Sonderwegstheorie erfülle eine notwendige Funktion des neuen politischen Selbstverständnisses der Deutschen nach ihrer Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Nur so sei es möglich gewesen, Deutschland wieder in den „Kreis der zivilisierten, freiheitlichen und friedliebenden Nationen aufzunehmen“. Gegenüber einer solchen – positiven – Funktionalisierung der Sonderwegsthese sei das geschichtswissenschaftliche Interesse, das auf eine differenzierte Analyse der deutschen Geschichte ziele, sekundär.

Thomas Nipperdey lehnte es demgegenüber ab, den politischen Verwertungszusammenhang im Sinne Kurt Sontheimers zum Maßstab der Wissenschaft zu machen. Im übrigen unterschied er die Sonderwegsvorstellung der Gelehrten und Publizisten vom politischen Bewußtsein des „Normalmenschen“.

Während bei der anschließenden Diskussion die Diskutanten auf dem Podium die von Sontheimer postulierte politische Funktionalisierung ablehnten, fand die von ihm gesetzte politische Priorität bei den Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum durchaus auch Zustimmung.

Dieser die Diskussion bestimmende Gegensatz zwischen geschichtswissenschaftlicher und politischer Argumentation verdeckte die Tatsache, daß auch die Histori-

ker auf dem Podium den Erkenntniswert der Sonderwegsthese unterschiedlich bewerteten, wenngleich sie einhellig eine Inflation des wissenschaftlich nicht präzisi-

bestimmten und bestimmbareren Begriffs „deutscher Sonderweg“ ablehnten.

Horst Möller

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Hans-Henning Abendroth, Dozent und freier Autor (92 Station Lane, Scaptoft/Leics., England), veröffentlichte u. a. „Hitler in der spanischen Arena. Die deutsch-spanischen Beziehungen im Spannungsfeld der europäischen Interessenpolitik vom Ausbruch des Bürgerkriegs bis zum Ausbruch des Weltkriegs 1936–1939“ (Paderborn 1973), „Deutschlands Rolle im Spanischen Bürgerkrieg“ (in: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsg. von Manfred Funke, Düsseldorf 1976), „Hitlers Entscheidung“ (in: Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik 1936–1939, hrsg. von Wolfgang Schieder und Christof Dipper, München 1976), „Das Ringen um die Gestaltung des Franco-Staates“ (in: Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung, hrsg. von Erhard Formdran, Frank Golczewski und Dieter Riesenberger, Opladen 1977); zur Zeit mit Forschungen zur Geschichte Spaniens und der deutsch-spanischen Beziehungen beschäftigt.

Dr. Achim Leschinsky, Wissenschaftl. Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Lentzeallee 94, 1000 Berlin 33-Dahlem), veröffentlichte u. a. „Schule im historischen Prozeß. Zum Wechselverhältnis von institutioneller Erziehung und gesellschaftlicher Entwicklung“ (mit Peter Martin Roeder, Stuttgart 1976), Mitherausgeber (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Projektgruppe Bildungsbericht) von „Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“, 2 Bde. (Hamburg – Stuttgart 1980), darin „Didaktik und Unterricht in der Sekundarstufe I seit 1950. Entwicklung der Rahmenbedingungen“ (mit Peter Martin Roeder); gegenwärtig Forschungen zur Geschichte und Situation der Hauptschule.

Dr. Horst Möller, Stellv. Direktor des Instituts

für Zeitgeschichte u. Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität München (8000 München 19, Leonrodstraße 46b), veröffentlichte „Aufklärung in Preußen“ (Berlin 1974) sowie zahlreiche Aufsätze zur Gesch. d. 17.–20. Jhs., u. a. „Parlamentarisierung und Demokratisierung im Preußen der Weimarer Republik“ (in: Gesellschaft, Parlament und Regierung, hrsg. v. G. A. Ritter, Düsseldorf 1974), „Die Interpretation der Aufklärung in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung“ (in: Zs. Hist. Forsch., Bd. 4, 1977), „Landeskunde und Zeitkritik im 18. Jahrhundert. Die Bedeutung der Reisebeschreibung Friedrich Nicolais als regional- und sozialgeschichtliche Quelle“ (in: Hess. Jb. f. Landesgesch., Bd. 27, 1977), „Die Gold- und Rosenkreuzer – Struktur, Zielsetzung und Wirkung einer anti-aufklärerischen Geheimgesellschaft“ (in: Geheime Gesellschaften, hrsg. v. P. C. Ludz, Heidelberg 1979), „Lorenz von Steins Interpretation der Französischen Revolution von 1789“ (in: Der Staat 18, 1979), „Ämterkäufligkeit in Brandenburg-Preußen im 17. und 18. Jahrhundert“ (in: Ämterkäufligkeit: Aspekte sozialer Mobilität im europäischen Vergleich, hrsg. v. K. Malettke, Berlin 1980), „Oswald Spengler – Geschichte im Dienste der Zeitkritik“ (in: Spengler heute, hrsg. v. P. C. Ludz, München 1980), „Vom Aufgeklärten Absolutismus zu den Reformen des 19. Jahrhunderts“ (in: Deutsche Literatur – Eine Sozialgeschichte, hrsg. v. H. A. Glaser, Bd. 5, Hamburg 1980), „Aufklärung, Judenemanzipation und Staat. Ursprung und Wirkung von Dohms Schrift ‚Über die bürgerliche Verbesserung der Juden‘“ (in: Jb. des Instituts für Deutsche Geschichte d. Universität Tel Aviv, Beiheft 3, Tel Aviv 1980), „Wie aufgeklärt war Preußen?“ (in: Preußen im Rückblick, hrsg. v. H.-J. Puhle u. H.-U. Wehler, Geschichte

und Gesellschaft, Sonderheft 6, Göttingen 1980), „Das demokratische Preußen“ (in: Das Preußenbild in der Geschichte, hrsg. v. O. Büsch, Berlin 1981), „Das Ende Preußens“ (in: Preußen – eine Herausforderung, Herrenalber Texte 32, Karlsruhe 1981), „Ernst Heilmann – ein sozialdemokratischer Parlamentarier und Publizist in der Weimarer Republik“ (in: Jb. d. Instituts für Deutsche Geschichte d. Universität Tel Aviv, Bd. 11, Tel Aviv 1982); in Druckvorbereitung: „Parlamentarismus im Preußen der Weimarer Republik“ (Habil. Schr., Berlin 1978).

Dr. Falk Pingel, Wissenschaftlicher Assistent an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld (Universitätsstraße, 4800 Bielefeld), veröffentlichte u. a. „Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager“ (Hamburg 1978), „Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit“ (Hrsg., zus. mit Christoph Kleßmann, Frankfurt – New York 1980), „Erinnern oder Vergessen? Überlegungen zum Gedenken an den Widerstand und an die Opfer des Nationalsozialismus“ (in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 9/10, 28. 2. 1981); arbeitet derzeit an einer großen Studie zur britischen Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949.

Klaus E. Rieseberg, Diplomsozialwissenschaftler und Doktorand im Fach Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum (Schlipersheide 3, 4330 Mülheim/Ruhr), gegenwärtig

vor dem Abschluß seiner Arbeit über SPD und Außenpolitik in der Weimarer Republik.

Dr. Hans-Jürgen Schröder, Professor für Zeitgeschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen (Historisches Institut – Neuzeit I, Otto-Behaghel-Str. 10/C 1, 6300 Gießen), veröffentlichte u. a. „Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes“ (Wiesbaden 1970), „Das Dritte Reich und die USA“ (in: Knapp/Link/Schröder/Schwabe, Die USA und Deutschland 1918–1975. Deutsch-amerikanische Beziehungen zwischen Rivalität und Partnerschaft, München 1978), außerdem Aufsätze zur amerikanischen und deutschen Außenpolitik im 20. Jahrhundert, zuletzt z. B. „Amerika als Modell? Das Dilemma der Washingtoner Außenpolitik gegenüber revolutionären Bewegungen im 20. Jahrhundert“ (Historische Zeitschrift, Beiheft 5, N. F., München 1979) und „Die deutsche Südosteuropapolitik und die angelsächsischen Mächte 1929–1933/34“ (in: Josef Becker/Klaus Hildebrand, Hrsg., Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, München 1980), sowie als Herausgeber (zus. mit C. Scharf) „Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949“ (Wiesbaden 1977) und „Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949“ (Wiesbaden 1979); gegenwärtiges Forschungsgebiet: Wirtschaftspolitik als Instrument der deutschen Außen- und Revisionspolitik 1918/19–1933.